



Informationsdienst von Martin Kastler MdEP Ausgabe 22 vom 18. Februar 2011

- **Zukunft der Renten: CSU kämpft in Europa für soziales Gleichgewicht**
- **Neue Info-Website "Europa für Patienten" ist online**
- **Europa sagt gefälschten Medikamenten den Kampf an**
- **Fahrgastrechte bei Busreisen gestärkt**
- **Kleintransporter - verträglich für Mittelstand und Umwelt?**
- **Ehrenamt in Europa: Aktueller Vergleich**
- **Europäischer Essaywettbewerb: Nachbarn in Europa**
- **Jetzt mitreden: Neues Vergaberecht**
- **Mehr Einsatz für mehr Arbeit!**
- **Verkehrslaktüre für Kommunen**
- **Aufgepasst: Das Thema Arbeitszeit kommt wieder**
- **Ägypten: EU zum Handeln aufgefordert**

Zukunft der Renten: CSU kämpft in Europa für soziales Gleichgewicht

Mit großer Mehrheit (535 von 677 Stimmen) hat das Europäische Parlament diese Woche für den Bericht zum Grünbuch "Angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme" gestimmt und klare Impulse gegeben. Als sozialpolitischer Sprecher der CSU-Europagruppe bin ich mit dem Ergebnis insgesamt zufrieden: Der Bericht zeigt, wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst und wollen, wie Kanzlerin Merkel und Ministerpräsident Seehofer es kürzlich formulierten, in Europa über die Zukunft der Renten reden. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Rentendebatte für Europa. Sozial- und Tarifpartner können einen konstruktiven Beitrag leisten.

Das Negativbeispiel Griechenland lehrt uns: Es darf uns nicht egal sein, wenn einzelne Länder viel zu früh viel zu viel Rente zahlen und das nicht mehr finanzieren können. Derzeit büßen wir alle dafür. Das ändert nichts daran: Rentenpolitik ist nationale Politik - mit europäischer Dimension. Entsprechend der Äußerungen Merkels und Seehofers beim Kleinen Parteitag in München hatte die CSU-Europagruppe

diese Woche nahezu geschlossen für den Bericht gestimmt.

Ich war in den vergangenen Wochen für CDU und CSU eng in die Verhandlungen mit der niederländischen Berichterstatterin Ria Oomen-Ruijten eingebunden. Wir haben aus deutscher Sicht wichtige Punkte erreicht: Etwa die Subsidiarität, das Drei-Säulen-Modell, mehr Transparenz und Verbraucherinformation, die deutschen Betriebsrenten als best-practice-Beispiel und eine Folgenabschätzung für künftige Insolvenzregelungen. Gemeinsam mit der Berichterstatterin wurde auch die Idee geboren für die Einrichtung eines europäischen Rentensiegels zur Definition und Klassifikation kapitalgedeckter Altersvorsorgeprodukte auf dem freien Markt. Der Gedanke dahinter: Wenn Menschen selbst Geld in Altersvorsorge investieren, zählen Sicherheit und Transparenz: Wo Rente drauf steht, muss auch Rente drin sein. In Hinblick auf das nun folgende Weißbuch brauchen wir eine weiterhin aktive Rolle der CSU und der CSA. Es geht darum, Wächter der Subsidiarität zu sein und eine Rolle Europas dort zu fördern, wo sie den Menschen dient - etwa beim Familienmainstreaming in der Rentenpolitik.

MEIN TIPP: Neue Info-Website "Europa für Patienten" ist online

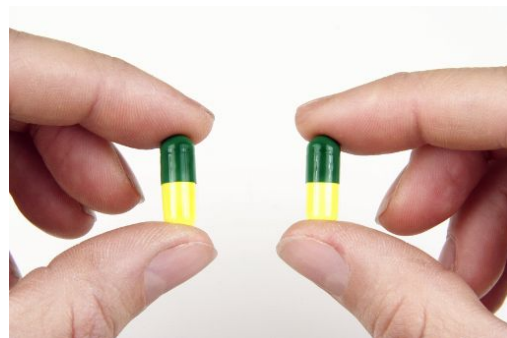
Mit dieser Info-Webseite sollen die Rechte der Patienten gestärkt und eine bessere medizinische Versorgung für alle in Europa ermöglicht werden. Konkret geht es um Themen wie Patientensicherheit, seltene Krankheiten, Organtransplantationen, Krebsfrüherkennung, Personal im Gesundheitswesen, Gripeschutzimpfungen und Schutzimpfungen für Kinder, psychische Gesundheit, Alzheimer und andere Demenzerkrankungen sowie den umsichtigen Einsatz von Antibiotika. Die Patienten-Webseite finden Sie online unter http://ec.europa.eu/health-eu/europe_for_patients/index_en.htm

Patientensicherheit: Europa sagt gefälschten Medikamenten den Kampf an

Gefälschte Arzneimittel sind "stille Killer" - sie haben entweder keine Wirkung oder enthalten giftige Substanzen, die die Patienten schädigen oder sogar töten können. Das Europäische Parlament hat deshalb diese Woche ein neues Gesetz angenommen, um zu verhindern, dass gefälschte Arzneimittel in die legale Lieferkette gelangen. Dafür wird auch deren Verkauf über das Internet von den neuen Regeln abgedeckt. Neue Sicherheitsmerkmale und ein Kontrollmechanismus sollen verhindern, dass Patienten gefährliche Arzneimittel erhalten.

Laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation sind 1 % der über die legale Lieferkette verkauften Arzneimittel gefälscht. In anderen Teilen der Welt können sogar mehr als 30 % der dort angebotenen Arzneimittel gefälscht sein. Außerdem werden nicht nur so genannte Lifestyle-Arzneimittel gefälscht, sondern zunehmend auch innovative und lebensrettende Arzneimittel.

Neu geregelt ist der Verkauf von Arzneimitteln über das Internet, da das einer der Hauptwege ist, über den gefälschte Arzneimittel auf den europäischen Markt gelangen. In Ländern, in denen der Arzneihandel mit Medikamenten im Internet grundsätzlich erlaubt ist, müssen die Apotheken eine Genehmigung einholen, um Arzneimittel auch über das Internet zu verkaufen. Die jeweiligen Seiten erhalten ein gemeinsames Logo, damit Bürger in der gesamten Union erkennen können, dass sie sich auf der Seite einer genehmigten Internet-Apotheke befinden. Alle genehmigten Internet-Apotheken werden mit einer zentralen Website der Mitgliedstaaten verlinkt, die wiederum mit einer europäischen Webseite verlinkt wird. Es soll auch Informationskampagnen geben um die Bürger über die Risiken des Internetkaufs von Arzneimitteln aufzuklären.



Fahrgastrechte bei Busreisen gestärkt

Wir kennen das: Der Zug hat Verspätung, der Anschlusszug ist weg - und im Ende kommt man zwei Stunden später am Zielort an. Seit einem Jahr etwa bekommt man dann - meist automatisch - vom Schaffner das sogenannte "Fahrgastrechteformular" und hat Anspruch auf eine anteilige Rückzahlung des Fahrpreises.

Was in Zügen und Flugzeugen längst gilt, greift nun auch für Busreisen - ab 250 Kilometer. Das Europäische Parlament hat jetzt diese Lücke geschlossen. Die Verordnung sieht eine Verstärkung der Fahrgastrechte für Passagiere im Omni-

busverkehr vor. Parlament und Mitgliedstaaten haben sich nach zwei Jahren schwieriger Verhandlungen auf eine Verordnung geeinigt. Sie tritt im Frühjahr 2013 in Kraft.



Der Geltungsbereich der Verordnung umfasst nationale und grenzübergreifende Touren ab 250 Kilometern. Dies gilt auch für Passagiere, die nicht die gesamte Strecke mitfahren. Busreisende haben nun ein Recht auf Schadensersatz. Dies gilt bei Annullierungen von Reisen, Überbuchungen oder Verspätungen von mehr als zwei Stunden. Hier muss der Veranstalter eine andere Lösung zur Fortsetzung der Reise anbieten oder den Fahrgast auf andere Weise entschädigen. Wenn der Veranstalter dazu nicht in der Lage ist, hat der Gast zusätzlich zu seiner Entschädigung Anspruch auf den halben Fahrpreis. Wird eine dreistündige Reise abgesagt oder ist sie um mindestens 90 Minuten verspätet, muss der Veranstalter Snacks oder Erfrischungen sowie eine Hotelunterkunft (maximal 80 Euro für höchstens zwei Nächte) anbieten. Gar keine Entschädigung gibt es, wenn eine Verspätung oder der Ausfall einer Reise durch Wetterkatastrophen bedingt ist.

Buchungen von Menschen mit Behinderung dürfen die Betreiber nicht mehr ablehnen. Außerdem werden Vorschriften über die Zugänglichkeit von behinderten oder in ihrer Mobilität eingeschränkten Personen festgelegt. Im Internet können außerdem in Zukunft die Busbahnhöfe

eingesehen werden, die für behinderte Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität ausgerüstet sind.

Bessere Luft bei Kleintransportern - verträglich für den Mittelstand

Für Kleintransporter gelten in Zukunft verbindliche Obergrenzen beim Kohlendioxid ausstoß - das hat das Europäische Parlament diese Woche mit großer Mehrheit beschlossen. Ab 2020 ist die verbindliche Obergrenze bei 147 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer. Von 2014 an wird in einer ersten Stufe ein Grenzwert von 175 Gramm CO₂ pro Kilometer gelten. Diese langfristigen Übergangsphasen sind wichtig.

Ich habe trotzdem nicht für diese Richtlinie gestimmt. Denn gerade der Mittelstand hat - nach der Krise - andere Sorgen, als sich von Europa einen neuen Kleintransporter vorschreiben zu lassen. Wer Nachhaltigkeit will und den Begriff versteht, muss neben der Ökologie auch soziale und ökonomische Aspekte bedenken. Klar, Europa kann von der Entwicklung profitieren - europäische Hersteller von Kleintransportern haben die Chance, so technologisch die Nase vorn zu behalten. Aber: Effiziente Technologieförderung sieht anders aus - etwa durch finanzielle Förderanreize für Hersteller statt unrealistischer Grenzwerte.

Trotzdem noch die gute Nachricht am Rande: Für die Nutzer von Kleintransportern bedeutet eine Umstellung auf neue Transporter eine Spritersparnis von bis zu 2 Litern Diesel pro 100 km. Durch den niedrigeren Kraftstoffverbrauch sparen die Betriebe bares Geld. Für das Klima wiederum bedeuten 147 Gramm CO₂ pro Kilometer eine durchschnittliche Reduzierung der Emissionen um rund 27 Prozent.

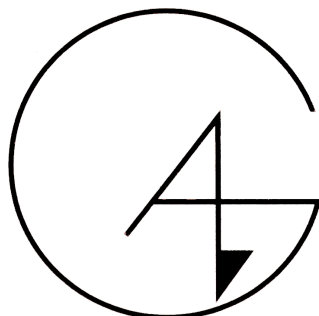
Ehrenamt in Europa: Aktueller Vergleich

Europa sagt seinen ehrenamtlich engagierten Bürgern "Danke!" - mit einem eigenen "Europäischen Jahr für den Freiwilligendienst". Eine aktuelle Studie gibt nun einen Überblick zum bürgerschaftlichen Engagement in den Mitgliedsstaaten der EU. Sie zeigt unterschiedliche Engagement-traditionen in Europa auf. Manche Mitgliedsstaaten unterstützen das Ehrenamt und geben ihm eine definierte Rolle, manche verzichten vollkommen darauf. Auch der Anteil der engagierten Bevölkerung an der Freiwilligentätigkeit ist sehr unterschiedlich. So engagieren sich z.B. in den Niederlanden, Österreich, Schweden und England über 40% der erwachsenen Bevölkerung bürgerschaftlich, in Dänemark, Finnland und Deutschland 30-39%, in Estland, Frankreich und Lettland 20-29%, in Belgien, Irland, Spanien 10-19% und unter 10% der Bevölkerung in Griechenland, Italien und Litauen. Die Studie gibt keine Informationen zu Finanzierungsmodellen der Freiwilligenarbeit, die sehr unterschiedlich geregelt ist. Die Studie (17 Seiten) ist online abrufbar unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/12/en9_arbeitspapier_beobachtungsstelle.pdf

Die Webseite zum Jahr der Freiwilligentätigkeit unter <http://europa.eu/volunteering/de>

Essaywettbewerb: Nachbarn in Europa

Zusammen mit meinem tschechischen Kollegen Jan Březina (KDU-ČSL) habe ich einen europäischen Essaywettbewerb ausgelobt, der den Blick von Jugendlichen auf Mitteleuropa in den Mittelpunkt stellt.



Wir wollen wissen, was Studenten und Schüler in unseren Ländern heute über die mitteleuropäischen Nachbarschaften denken. Die Preisträger haben die Möglichkeit, Mitte April ihre prämierten Essays beim XX. Brünner Symposium zu präsentieren und ihre Sicht auf Mitteleuropa mit Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern der Zivilgesellschaft zu diskutieren. Wir Europaabgeordneten aus Tschechien und Deutschland wollen zeigen, wie normal und reibungslos unsere grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktioniert. Daher interessieren uns die Lebenswirklichkeiten der jungen Leute.

Als Hauptpreis winkt eine dreitägige Reise nach Brüssel oder Straßburg mit Besuch des Europäischen Parlaments und anderer europäischer Institutionen. Die Essays sollen einen Umfang von 1-3 Seiten (DIN A4) haben und können in deutscher, tschechischer, slowakischer oder englischer Sprache verfasst werden. Die Gewinner werden durch eine Jury aus Repräsentanten deutscher und tschechischer Institutionen unter dem Vorsitz von Martin Kastler MdEP und Jan Březina MdEP ermittelt.

Die Beiträge zu dem Thema „Mitteleuropäische Nachbarschaften – Kennen wir uns wirklich?“ sollen unter Angabe von Name, Adresse, Alter, Schule/Universität und Studienfach bis zum 4. April als Mail an martin.kastler@europarl.europa.eu geschickt werden. Teilnehmen können Studenten und Schüler aus Deutschland, Tschechien und der Slowakei bis 26 Jahre. Mehr unter www.ackermann-gemeinde.de oder http://www.ackermann-gemeinde.de/uploads/media/Essaywettbewerb_2011_de.pdf

Jetzt mitreden: Neues Vergaberecht

Es ist noch druckfrisch: Das Grünbuch der Europäischen Kommission zur Modernisierung der öffentlichen Auftragsvergabe in Europa. Bis Mitte April bleibt Kommunen und Mittelstand Zeit, sich dazu in einem Konsultationsverfahren zu äußern. Diese Chance muss auch in Mittelfranken genutzt werden - die Betroffenen sind eingeladen, sich schnell zu Wort zu melden.

Hintergrund der geplanten Überarbeitung ist der Ansatz der Kommission, das Vergaberecht, wie es heißt, effizienter, ökologischer und sozialer zu gestalten. Darüber hinaus soll den kleinen und mittleren Unternehmen ein besserer Zugang zu öffentlichen Aufträgen europaweit ermöglicht werden. Das ist ein guter Ansatz und grundsätzlich zu begrüßen. Der Mittelstand ist Rückgrat unserer Wirtschaft. Eine Vereinfachung des Vergabeverfahrens stärkt die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen, Handwerksbetriebe und Dienstleister - gerade in einer relativ grenznahen Region wie Mittelfranken.

Allerdings stammen die bestehenden EU-Regeln zum öffentlichen Vergaberecht erst aus dem Jahr 2004: Manches davon ist noch gar nicht in allen Mitgliedsstaaten umgesetzt - und für eine umfassende Bewertung wäre es noch zu früh. Wir brauchen keinen hyperaktiven Zeitdruck - sondern klare Verbesserungen. Die Kommunen, Kammern, Verbände und Unternehmen in Mittelfranken sollten das Instrument der öffentlichen Konsultation zu nutzen:

Schreiben Sie der Kommission Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen, bringen Sie sich direkt ein und reden Sie mit. Sie haben die praktische Erfahrung, die wir für eine gute Reform brauchen. Informationen zum Grünbuch sowie zum Konsultationsverfahren finden sich im Internet auf dem Server der Europäischen Union unter

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocure

[ment/modernising_rules/consultations/index_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocure/ment/modernising_rules/consultations/index_en.htm).

Mehr Einsatz für mehr Arbeit!

Mehr Einsatz, mehr Engagement der Mitgliedsstaaten - das ist das Votum des Europäischen Parlaments diese Woche hinsichtlich der von der Kommission im Konzept "Europa 2020" vorgeschlagenen und vom Rat angenommenen beschäftigungspolitischen Leitlinien. Sie stellen die gemeinsamen Prioritäten für die nationalen Beschäftigungspolitiken der Mitgliedstaaten dar und sollen so in den Grundzügen der Wirtschaftspolitiken integriert sein. Die neuen Beschäftigungspolitische Leitlinien sind seit Oktober 2010:

Erhöhung der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern, Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit und Förderung der Arbeitsplatzqualität;

Heranbildung von Arbeitskräften, deren Qualifikationen den Anforderungen des Arbeitsmarkts entsprechen, und Förderung des lebenslangen Lernens;

Steigerung der Qualität und Leistungsfähigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme auf allen Ebenen und Verbesserung des Zugangs zur Hochschulbildung oder zu einer gleichwertigen Bildung;

Bekämpfung von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Armut

Verkehrslektüre für Kommunen

Vielleicht eine empfehlenswerte Lektüre für Bürgermeister und Gemeinderäte: Ganz neu gibt es jetzt ein Handbuch mit guten Praxisbeispielen zur Straßenverkehrssicherheit aus ganz Europa. Die von der Kommission veröffentlichte Broschüre soll politische Mandats- und Entscheidungsträger ermutigen, die bewährten Strategien und Maßnahmen für eigene Zwecke zu

nutzen. Die Broschüre wird angeboten unter http://bookshop.europa.eu/is-bin/INTERSHOP.enfinity/WFS/EU-Bookshop-Site/de_DE-/EUR/ViewPublication-Start?PublicationKey=MI3110340

Aufgepasst: Das Thema Arbeitszeit kommt wieder!

Ein neuer Anlauf zur viel umstrittenen Arbeitszeitrichtlinie: Die Kommission will die Arbeitszeitbestimmungen an die veränderten Anforderungen der Arbeitswelt anpassen. Das entsprechende Verfahren ist am 21.12.2010 wieder neu begonnen worden. Seit dem Jahr 2000 finden in der EU in allen Wirtschaftszweigen einheitliche Arbeitszeitregelungen Anwendung. Sie garantieren u.a. allen Arbeitnehmern ein Mindestmaß an Schutz vor überlangen Arbeitszeiten, sowie die Einhaltung von Mindestruhezeiten. Der Wandel in der Arbeitswelt macht eine Anpassung erforderlich. Dabei geht es insbesondere auch um zunehmende Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigungen oder den saisonal und konjunkturell schwankenden Arbeitszeitbedarf.

Umstritten sind Bereiche wie die Anrechnung von Ruhe- und Bereitschaftszeiten, etwa bei Feuerwehr, Rettungsdiensten oder Polizei.

Noch bis Ende Februar werden die Sozialpartner nach ihrer Meinung zu diesen zentralen Punkten befragt. Gleichzeitig legte die Kommission einen ausführlichen Bericht über die Anwendung der geltenden Richtlinie in den Mitgliedstaaten vor. Vorgelegt wurden auch die ersten Ergebnisse unabhängiger Untersuchungen zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Arbeitszeitbestimmungen, sowie zu Veränderungen bei den Arbeitsgewohnheiten.

Ein erster Anlauf zur Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie scheiterte im Jahr 2009. Gründe dafür waren u.a. die Frage

individualvertraglich vereinbarte Erhöhung der Maximalarbeitszeit, die Bereitschaftszeit und Mehrfachverträge. Aufgrund der Ergebnisse der Anhörung, die bis Ende Februar läuft, will die Kommission im Herbst 2011 einen neuen Vorschlag unterbreiten.

Ägypten: EU zum Handeln aufgefordert

Die EU muss die Demokratiebewegung in Ägypten gezielt unterstützen - das hat das Europäische Parlament diese Woche in einer mit breiter Mehrheit verabschiedeten Entschließung verlangt. Dazu zähle Hilfe beim Aufbau von politischen Parteien und einer freien Presse ebenso wie die Vorbereitungen von freien und fairen Wahlen. Das Parlament forderte zudem die ägyptische Armee auf, bei der Überarbeitung der Verfassung unabhängige Vertreter zuzulassen. Ich habe im Plenum kritisch nachgefragt, ob die Sozialisten denn schon vergessen hätten, dass Mubarak bis dato Mitglied der Sozialistischen Internationale ist. Und ich frage mich, warum wir in diesen Tagen nichts von der Mittelmeer-Union hören, die Sarkozy einmal so wichtig war...?

Impressum:

Martin KASTLER MdEP

Abgeordnetenbüro Brüssel

Parlement Européen

60, rue Wiertz, ASP 15E218

B-1047 Bruxelles

Tel. : +32 (0)2 28 47 53 8

Fax : +32 (0)2 28 49 53 8

martin.kastler@europarl.europa.eu

Folgen Sie Martin Kastler auf:



Redaktion:

Martin Kastler MdEP, Tobias Gotthardt

V.i.S.d.P.:

Martin Kastler MdEP

Fotos: Europäisches Parlament, privat